



GEWERKSCHAFTSBUND DES KANTONS ZUG

SEKRETARIAT: NEUGASSE 7, 6301 ZUG

TELEFON 042-21 04 20

PC-KONTO 60 - 10779-6

GBZ-Info Nr.3, Februar 1993

An alle GBZ-Delegierten
An Vertrauensleute und
an die Vorstände der Verbände

Liebe Kolleginnen und Kollegen

In der Beilage schicken wir Euch die Einladungen für zwei Demonstrationen gegen die Krise und die Arbeitslosigkeit. Die erste Demonstration, die vom 20. Februar, wird von den Arbeitslosenkomitees organisiert. Der SGB unterstützt sie. Die zweite, die vom 27. März, wird vom SGB organisiert.

Der GBZ-Vorstand hat beschlossen, beide Demonstrationen tatkräftig zu unterstützen. Für den 20. Februar organisiert das GBI-Sekretariat einen Car nach Bern. Anmeldungen bitte an: GBI, Metallstr. 1, 6300 Zug; Tel. 21 81 47.

Endlich haben wir vom L&G-Verwaltungsrat eine Antwort auf den offenen Brief erhalten; allerdings mussten wir einen zweiten Brief schreiben. Natürlich hat es Herr Schmidheiny nicht für nötig gefunden, selber zu antworten. Damit ihr Eure Dokumentation vervollständige könnt, schicken wir Euch eine Kopie beider Briefe. Der Brief von Herrn Krneta lohnt sich zu lesen, nicht zuletzt wegen des angeschlagenen Tones...

Mit kollegialen Grüßen


Bruno Bollinger, Präsident GBZ

Inhalt GBZ-Info Nr.3

- Pressespiegel GBZ
- Flugblatt zur Demo gegen Arbeitslosigkeit in Bern am 20.2.93
- Briefwechsel mit G.Krneta, L&G-Verwaltungsratspräsident

21. April 1993, GBZ-DELEGIERTENVERSAMMLUNG



GEWERKSCHAFTSBUND DES KANTONS ZUG

SEKRETARIAT: NEUGASSE 7, 6301 ZUG

TELEFON 042-21 04 20

PC-KONTO 60 - 10779-6

GBZ-Sekretariat
Neugasse 7

6301 ZUG

27. Januar 1993

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

Die Krise und die Arbeitslosigkeit hat auch im Kanton Zug besorgniserregende Ausmasse angenommen. Für die Linken und die Gewerkschaften ist dies eine grosse Herausforderung. Ich finde es wichtig, dass wir nun unsere Kräfte möglichst gut konzentrieren. Der GBZ-Vorstand hat am 18. Januar beschlossen,

alle GBZ-Verbände, die christlichen Gewerkschaften, sowie die SP, die SGA, die Alternative Fraktion, weitere Organisationen sowie interessierte Einzelpersonen zur Gründung eines gemeinsamen Komitees gegen die Krise aufzurufen.

Der GBZ-Vorstand hat zudem beschlossen, für beide Demonstrationen in Bern zu mobilisieren:

- Für die vom 20. Februar 1993 der Arbeitslosenkomitees; und
- für die vom SGB am 27. März.

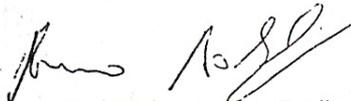
Die Demonstration vom 20. Februar ist sehr wichtig, weil sie vor der März-Session der eidgenössischen Räte stattfindet, die über die Kürzung der Arbeitslosen-Taggelder und über die Konjunkturförderungsmaßnahmen befinden werden.

Wir laden alle Interessierten ein zur Gründungsversammlung,

am 11. Februar 1993,
um 20.00 Uhr,
im Casion Zug (Konferenzzimmer).

In der Hoffnung auf viele positiven Antworten verbleiben wir

mit kollegialen Grüßen


Bruno Bollinger, Präsident GBZ

Präsident: Bruno Bollinger, Deinikonstr. 37a, 6340 Baar
Privat: 042/31 89 13; Büro: 01/295 15 15; Fax: 01/295 17 99
GBI-Zentralsekretariat, Strassburgerstr. 11, 8004 Zürich

Gewerkschaftstagung

Kampf um Gesamtar- beitsverträge

ZN. Am kommenden Samstagvormittag, 16. Januar, findet im Parkhotel Zug eine Tagung des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zug (GBZ) statt. Zum Thema «Gesamtarbeitsvertrag in der Krise – Krise der Gesamtarbeitsverträge?» hält Hans Baumann, Sekretär der Gewerkschaft Bau und Industrie, ein Referat. Für die Teilnahme war eine Anmeldung nötig. «In allen Bereichen und Branchen kämpfen die Gewerkschaften für den Erhalt der Gesamtarbeitsverträge», schreibt der GBZ bzw. deren Präsident Bruno Bollinger: «Denn viele Unternehmer sagen es klar und offen: Viele GAV-Bestimmungen hindern sie daran, in der Geschäftsführung so flexibel zu sein, wie es das Profitstreben erfordert.»

Die Tagung des Gewerkschaftsbundes gilt der Erklärung der Gesamtarbeitsverträge und den Strategien, welche die Gewerkschaften anwenden können, um diese zu kontrollieren und durchzusetzen. Eingeladen sind Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

Zug Nachrichten 17. Januar 1993

Es haben sich
7 Leute angemeldet...

GEWERKSCHAFTSTAGUNG FÄLLT AUS

Flop für den Gewerkschaftsbund des Kantons Zug. Wegen mangelnden Interesses musste der Anlass vom kommenden Samstag, der sich mit den Gesamtarbeitsverträgen befassen sollte, abgesagt werden.

Zug Nachrichten
14. Januar 1993

Delegiertenversammlung des Gewerkschaftsbunds Nein zum EWR-Vertrag

Zuger Zeitung Samstag, 14. November 1992 Nr. 266

Noch vor einem Jahr rätselte man beim Gewerkschaftsbund des Kantons Zug, wie und wo man wohl etwas aktiver sein könnte.

spektive eine Antwort erhalten. An der ausserordentlichen Delegiertenversammlung des GBZ erklärte Bruno Bollinger: «Wir werden nicht locker lassen und wollen Schmidheiny weiterhin zu einer Antwort herausfordern.» Auch das Problem der Arbeitslosigkeit allgemein versuche man mit einer verstärkten Präsenz der Gewerkschaft in die Hand zu bekommen.

Lohndumping, Arbeitslosigkeit und Demokratieverlust bezeichnet er als «übertrieben» und «noch geschürt von Rechtspopulisten wie Christoph Blocher».

Die Gewerkschaften stehen allerdings nicht geschlossen hinter der Parole Ja: «Es gibt eine Kluft zwischen Aktivisten und Funktionären, und wir spüren eine gewisse Angst vor Veränderungen», meinte Pedrina.

Wer nein sagt, muss allerdings noch lange kein SVP-Angänger sein, auch die SGA Zug hat mit 12 zu 10 die Nein-Parole gefasst. Hier herrscht die Grundstimmung, dass der EWR-Beitritt den Beitritt zur EG enorm verzögere oder gar verhindere.

Auch Vasco Pedrina sieht im EWR-Vertrag Schwächen, glaubt aber, dass die Schweiz bei einem Alleingang zu sehr erpressbar würde: «Egal, wie die Abstimmung ausfällt, wir müssen nach dem 6. Dezember in jedem Fall weiterkämpfen und den Druck auf die Behörden aufrechterhalten», versicherte er.

EWR: gespaltene Linke

Vasco Pedrina, Zentralpräsident der GBI, legte an der Delegiertenversammlung seinen Standpunkt betreffs EWR-Abstimmung dar: Wie der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB, der national die Parole Ja herausgegeben hat, ist er für einen Beitritt: «Unsere Wirtschaft muss mit gleichen Spiessen kämpfen können und im sozialen Bereich wird es mehr Vor- als Nachteile geben: Diskussion von Mutterschaftsurlaub, Ausländerstimmrecht und Konsumentenschutz.» Verbreitete Ängste von wegen

mpf. Innerhalb weniger Wochen und Monate ist die Gewerkschaftsbewegung allgemein aus ihrem Schattendasein herausgetreten und macht kräftig von sich reden. Vor allem die kriselnde wirtschaftliche Situation stärkt ihr den Rücken.

Der offene Brief an Stephan Schmidheiny, unter anderem gezeichnet von den Regierungsräten Birchler und Uster sowie GBZ-Präsident Bollinger, ist ein Kind des GBZ, hat bisher allerdings noch keinen Erfolg gehabt re-

SS

'rum?

Gleich lange Spiesse im EWR

Die Diskussionen rund um den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) treten in ihre Endphase – auch beim Gewerkschaftsbund des Kantons Zug: Am Donnerstag abend referierte Vasco Pedrina, Zentralpräsident der Gewerkschaft Bau und Industrie/Bau und Holz (GBI/GBH), im Restaurant Bären zum heiklen Thema. Die Ja-Parole hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund zwar bereits gefasst, dennoch liess Vasco Pedrina am Donnerstag abend die einzelnen Pros und Kontras für beziehungsweise gegen einen Beitritt zum EWR noch einmal Revue passieren.

«Mit einem Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum wird der Schweiz gewährt, auf dem europäischen Markt mit gleich langen Spiessen anzutreten», schickte Pedrina der Diskussion voraus. Im weiteren sei in einer Gemeinschaft soziale Fortschritte sowie ein Ausbau der Rechte für Arbeitnehmer leichter zu bewerkstelligen als im Alleingang.

Zu den immer wieder geäusserten Bedenken, zum Beispiel der Angst vor Lohndumping, Arbeitslosigkeit oder Verlust der Demokratie, meinte der prominente Referent: «Der Gewerkschaftsbund hat einen Rahmen gesteckt, der soziale Begleitmassnahmen gewährt, und mit dem Bund ein Alarmsystem ausgehandelt.

Im Bereich des Lohndumpings sind die Ängste klar übertrieben.» Pedrina weiter: «Unsere Schweizer Arbeit wird heute schon mehr von Europa bestimmt und begleitet, als wir es wahrhaben wollen. Die Schweizer Arbeit ist heutzutage qualitativ gut, und Qualität wird auch in einem zukünftigen Europäischen Wirtschaftsraum gefragt sein.»

Ganz klar sei, so Vasco Pedrina zum Abschluss seiner Ausführungen, dass Veränderungen auch Ängste schaffen würden. «Doch die Schweiz braucht sich bestimmt nicht zu verstecken, denn auch wir können auf dem Markt einen gewichtigen Einfluss ausüben. Das muss uns einmal bewusst werden.»

ZN 17. Nov. 1992

NACHRICHTEN

GEWERKSCHAFTEN FÜR EWR-BEITRITT

Der Zuger Gewerkschaftsbund ist für einen Beitritt der Schweiz zum EWR. Diese Parole wurde von der ausserordentlichen Generalversammlung gefasst (ZN vom Dienstag). Damit deckt sich der Standpunkt des Zuger Gewerkschaftsbundes mit dem des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.

21. Nov. 1992

ZN



GEWERKSCHAFTSBUND DES KANTONS ZUG

SEKRETARIAT: NEUGASSE 7, 6301 ZUG

TELEFON 042-21 04 20

PC-KONTO 60 - 10779-6

Herrn
Stephan Schmidheiny
Unotec Holding
Hurdnerstr. 10

8640 Hurden

19. November 1992

Sehr geehrter Herr Schmidheiny

Am 16. Oktober 1992, also vor gut einem Monat, haben wir Ihnen einen Offenen Brief geschickt, in dem wir Sie dazu aufforderten, Ihren Einfluss beim L&G-Management geltend zu machen. Wir baten Sie, Ihre soziale Verantwortung für die Entlassenen solange wahrzunehmen, bis diese eine neue Stelle gefunden haben. Dabei erwarten wir, dass Sie einen Sozialplan aufstellen lassen, der den üblichen Rahmen sprengt und für andere Schweizer Firmen als Modellfall gelten kann.

Bis heute haben wir vergeblich auf Ihre Antwort gewartet. Im Namen aller Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Offenen Briefes möchten wir Sie zu einer Stellungnahme auffordern. Wir müssen an dieser Stelle nicht betonen, dass es unsere Pflicht ist, als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter die Interessen der Lohnabhängigen zu verteidigen. Beim Offenen Brief an Sie ging es uns nicht um Publicity, sondern um die Sorgen der Betroffenen. Wir bitten Sie, im gleichen Sinne unsere Anliegen ernst zu nehmen.

In Erwartung einer baldigen Antwort verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

Bruno Bollinger, GBZ-Präsident

Hanspeter Uster

Kopie an Georg Krneta, L&G-Verwaltungsratspräsident

Abschliessend möchte ich noch festhalten, daß - sollte es Ihnen tatsächlich nicht um Publicity sondern um die Anliegen der Landis & Gyr Mitarbeiter gehen - Ihnen zur Aussprache mit den verantwortlichen Leitern am Standort Zug andere Mittel zur Verfügung stehen als jenes eines offenen Briefes.

DER PRÄSIDENT
DES VERWALTUNGSRATES

Landis & Gyr AG

CH-6301 ZUG, Schweiz
Telefon 042 24 11 24

Gewerkschaftsbund des
Kantons Zug
z. Hd. Herren Bollinger und Uster
Neugasse 7
6301 Zug

30. November 1992
Brgewbu GK/mk

Sehr geehrter Herr Bollinger
Sehr geehrter Herr Uster

Herr Dr. Schmidheiny hat mich gebeten, als zuständige Instanz auf Ihr Schreiben vom 19. November 1992 zu antworten, zu dem ich wie folgt Stellung nehmen möchte.

- Weder Herr Dr. Schmidheiny noch ich finden es sinnvoll, uns an einer durch einen offenen Brief ausgelösten Diskussion zu beteiligen, die ihrem Inhalt nach hauptsächlich politischen Charakter hat.

- Die in Ihrem Brief ausgesprochenen Anliegen gehören ganz klar in die operative Kompetenz der Geschäftsleitung, welche auch für die Bereitstellung eines Sozialplans zuständig ist.

Der bestehende Sozialplan entspricht der Vereinbarung zwischen den Geschäftsleitungen am Standort Zug und den entsprechenden Arbeitnehmervertretungen.

- Sowohl Herr Dr. Schmidheiny wie auch die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrates haben durchaus Verständnis für die sozialen Probleme von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die entlassen werden müssen. Es gilt jedoch dabei zu berücksichtigen, dass nicht nur die entlassenen, sondern auch die verbleibenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Anspruch auf eine angemessene und gerechte Behandlung haben, und dass es im Rahmen des bestehenden Sozialplanes nur darum gehen kann, für alle gerechte Lösungen zu finden.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Georg Krneta

Landis & Gyr strafft das Ursprungsgeschäft

Produktion der mechanischen Stromzähler wird ins Ausland verlegt – 450 Stellen fallen weg

Der Elektrokonzern Landis & Gyr verlegt die Produktion von mechanischen Stromzählern nach Griechenland und Deutschland. Hingegen wird Zug zum Konzernzentrum für elektronische Zähler ausgebaut. Diese Reorganisation hat zur Folge, dass in Zug in den nächsten zwei bis drei Jahren 450 Stellen gestrichen werden.

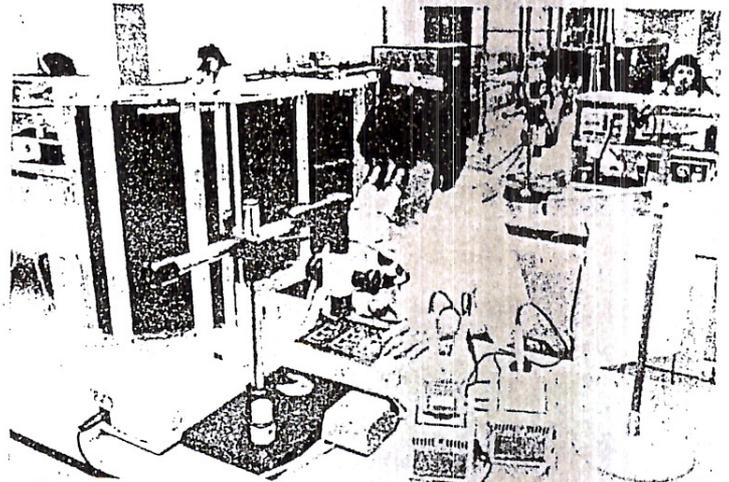
(Einphasenzähler) und Deutschland (Mehrphasenzähler) zu konzentrieren. Im griechischen Werk seien die Lohnkosten bei Stundenlöhnen von 8–10 Fr. viermal billiger als in der Schweiz. Auf Berlin fiel die Wahl, weil Deutschland der bei weitem grösste europäische Markt sei, fünfmal gewichtiger als die Schweiz; L&G könne es sich nicht leisten, dort nicht vertreten zu sein.

Elektronische Zähler in Zug

Zug hingegen wird im L&G-Konzern auch in Zukunft das Hauptquartier des Zähler- und Systemgeschäfts sowie das Zentrum für Forschung und Entwicklung in diesem Bereich bleiben. Ausserdem soll Zug zum weltweiten «Kompetenzzentrum» für elektronische Elektrizitätsmessung, mechanische Zähler mit elektronischen Tarifzusätzen sowie für Systeme und Dienstleistungen werden. Gerade diese Produkte und Dienste betrachtet Landis & Gyr als wachstumsträchtiges Zukunftsgeschäft. Die komplexen Zähler gewännen auf Kosten der einfachen in den letzten Jahren Marktanteile; doch bleibe auch für billige mechanische Zähler langfristig eine ausreichende Grundnachfrage bestehen.

Zahl der Entlassungen unklar

Die schrittweise Verlagerung der Produktion von mechanischen Zählern ins Ausland hat in Zug den Abbau von 450 Stellen zur Folge. Betroffen sind alle Bereiche und Stufen des Unternehmensbereichs «Energy Management». In welchem Ausmass es zu Entlassungen komme, sei noch unklar, hiess es an der



In Zug werden bald nur noch elektronische Stromzähler gefertigt – was passiert, wenn ihre Preise sinken und griechisches Lohnniveau gefordert ist? (Bild Keystone)

VON VICTOR BREU, ZUG

Produktion und Verkauf von Stromzählern war das erste Geschäft, das Landis & Gyr betrieb. Inzwischen ist L&G in der Hitparade der grössten Schweizer Unternehmen die Nummer 25, und Zähler werden in 12 in- und ausländischen Werken montiert und über 23 Verkaufsgesellschaften vertrieben. Doch der Zählermarkt leidet weltweit an Überkapazitäten und schwachem Wachstum. Der Unternehmensbereich «Energy Management» mit 5600 Beschäftigten und 819 Mio. Fr. Umsatz weist, trotz Marktführerschaft, unzureichende Erträge auf.

Griechenland billiger, Deutschland der grössere Markt

Um das «sehr, sehr bescheidene Betriebsergebnis», wie es Konzernchef Willy Kissling nannte, zu verbessern, will die Firma die Produktionskosten für einfache Zähleranwendungen und Standardhardware drastisch senken. Deshalb beschloss man in Zug, die Fertigung von mechanischen Elektrizitätszählern auf die Fertigungsstätten in Griechenland

Pressekonzferenz. Heute beschäftigt L&G in Zug 1609 Mitarbeiter, 188 weniger als 1988. Im Rahmen der jüngsten Umstrukturierungen im Konzern sind zwar 700 Stellen gestrichen worden, wobei es zu 150 Entlassungen kam; doch wurden auch 500 neue Stellen geschaffen.

Mit der jetzigen Reorganisation hat Landis & Gyr eine weitere Etappe in der Realisierung des «Unternehmenskonzepts 2000» eingeschlagen. Dieses war vor drei Jahren gestartet worden, um die führende Marktposition in den Kernge-

schäften zu stärken und die Ertragslage zu verbessern. Die Massnahmen in den Unternehmensbereichen «Building Control» und «Communication» hätten sich bereits im laufenden Jahr in besseren Erträgen niedergeschlagen, sagte Konzernchef Kissling. Im Bereich «Energy Management» stellen die nun bekanntgewordenen Entscheide eine zweite Wegstrecke dar. In der ersten, eben abgeschlossenen Phase war es unter anderem darum gegangen, den einzelnen Produktsegmenten die Ergebnisverantwortung zuzuordnen und durch die Auslagerung mechanischer Teilefertigung an Zulieferer die Fixkosten zu senken. Für die Restrukturierungen im Gesamtkonzern hatte L&G 140 Mio. Fr. zurückgestellt. Die jetzige Restrukturierung wird über die laufende Rechnung finanziert.

Reaktion des SMUV

Der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband (SMUV) bezeichnet den Stellenabbau als «unverantwortliche Gefährdung des Arbeitsplatzes Zug». Das Hauptproblem sei die Einführung der elektronischen Zähler, «die produktionsreif über Jahre in der Schublade lagen und jetzt plötzlich in einem Hausrück-Verfahren auf den Markt gebracht werden». Die Schweizerische Kaderorganisation (SKO) verlangt Umschulungen; die Hälfte der 450 abgebauten Stellen seien mit Kaderleuten besetzt.

Harsche Kritik an offenem Brief

Zug. – Gelassen und äusserst sachlich verlief die Medienkonferenz am Hauptsitz von Landis & Gyr in Zug. Es scheint wirklich nichts anderes zu geben, als Massenproduktionen in Billiglohnländer auszusiedeln. Die Emotionen gingen während der einstündigen Session nur einmal hoch: als Georg Krneta, der Präsident des Verwaltungsrats, auf den offenen Brief an den Mehrheitsaktionär Stephan Schmidheiny zu reden kam.

Prominente Zugerinnen und Zuger des linksgrünen Spektrums haben letzte Woche «angesichts der angekündigten Massenentlassungen einen Tatbeweis des sozialen Gewissens» des Hauptaktionärs verlangt. «Dass Landis

& Gyr vor Ihrer Zeit», so heisst es darin, «ein anerkannt sozialer Arbeitgeber war, musste Ihnen bei der Firmenübernahme bekannt sein. Diese ehrenwerte Tradition eines Familienunternehmens weiterzuführen gehörte zu den besonderen unternehmerischen Leistungen, die man von Ihnen erwartete.» Unterschrieben ist der Brief u. a. von den beiden Regierungsräten Urs Birchler (SP) und Hanspeter Uster (SGA), aber auch von den L&G-Erben Daniel Brunner und Nick Mijnsen.

Das brachte die L&G-Spitze offensichtlich in Rage. Perfid sei es, von Entlassungen zu reden, meinte Georg Krneta ziemlich laut und vorwurfsvoll. Es sei ein Stellenabbau. Zudem sei es

ein Vertrauensbruch, dass die beiden Regierungsräte eine Behördeninformation vorzeitig veröffentlicht hätten. Die Konzernleitung machte Zuger Politiker Ende Juni auf die bevorstehende Eliminierung von Arbeitsplätzen aufmerksam. Ein privater Brief wäre seiner Ansicht nach allenfalls noch angegangen. Aber kein offener. Und dieser sei erst noch an die falsche Adresse gerichtet worden. «Der gesamte Verwaltungsrat ist zuständig, nicht ein einzelner Grossaktionär und Verwaltungsrat. Das wissen die Absender ganz genau.» Damit scheint für L&G die Sache erledigt. Auf eine Antwort von Stephan Schmidheiny warten die Zugerinnen und Zuger voraussichtlich vergebens. (svm)

«Bedauern nützt den Betroffenen wenig»

Verschiedene Stimmen zum Stellenabbau bei der Landis & Gyr

Der angekündigte Stellenabbau bei der Landis & Gyr (siehe Frontseite und Wirtschaft) löste bei Politikern, Gewerkschaftsvertretern und Arbeitnehmern verschiedene Reaktionen aus. Die Äusserungen reichen von Verständnis über Bedauern bis hin zu deutlicher Kritik.

cpm. Regierungsrat Robert Bisig ist zum einen froh darüber, dass er vom LG-Management sehr ausführlich und offen über die bevorstehenden Betriebsverlagerungen informiert wurde und dass auch auf kritische Fragen Antworten gegeben worden seien. Zum anderen hält der Volkswirtschaftsdirektor die gefällten Entschiede für ausserordentlich bedauerlich, um so mehr als es sich bei den betroffenen Abteilungen um traditionelle Betriebe handle. Robert Bisig ist sich jedoch im klaren darüber, dass den einzelnen Betroffenen dieses Bedauern nicht eben viel nützen wird. Besonders langjährige und ältere Mitarbeiter würden von Entlassungen besonders hart getroffen, und deshalb werde man vom Kanton aus versuchen, auf möglichst unbürokratische Art und Weise zu helfen. Dies möge angesichts des für diese Altersgruppe sehr kargen Arbeitsmarktes eher zynisch klingen; trotzdem habe sich der Regierungsrat bereits überlegt, ob der Kanton nicht ein Modell für derartige Fälle erarbeiten soll. Der Volkswirtschaftsdirektor betonte jedoch, dass nur ein wirklich durchdachter Unterstützungsmodus beim Kantonsrat eine Chance haben würde. Alibiübungen – wie sie zum Teil in anderen

Kantonen durchgeführt worden seien – müssten unbedingt vermieden werden. Robert Bisig sagte abschliessend, dass sich die Regierung mit dem LG-Management in den kommenden Monaten regelmässig zu treffen gedenke.

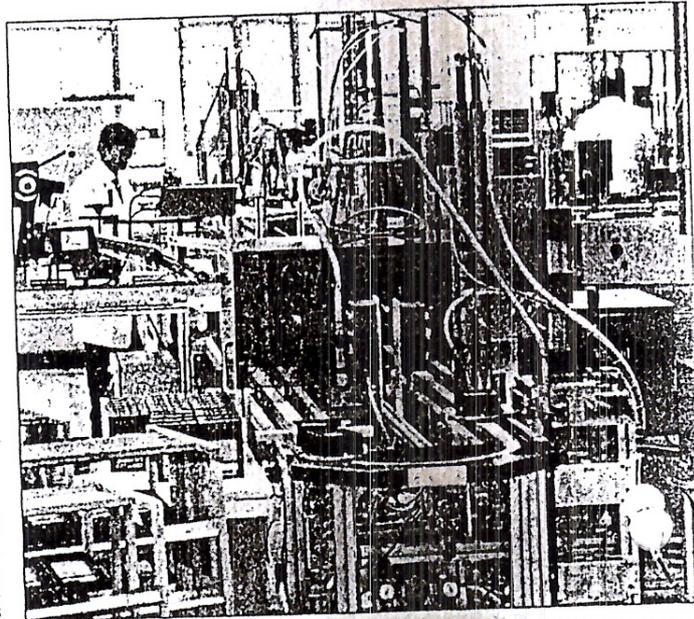
Ehrliche Information

Stadtpräsident Othmar Kamer, der zusammen mit Regierungsrat Bisig bereits vorgestern über die geplanten Schritte informiert wurde, betrachtet die Darstellung des LG-Managements als ehrlich. Die Strukturbereinigung innerhalb des Konzerns liege auf der Hand und diene letztlich auch zur langfristigen Erhaltung von Arbeitsplätzen in unserer Region. Auch der Stadtpräsident bedauert natürlich die Konsequenzen, welche sich für die einzelnen Arbeitnehmer ergeben werden. Ob auch mit einer städtischen finanziellen Unterstützung gerechnet werden kann, ist derzeit noch nicht klar. Es könne nicht die Sache der Stadt sein, privatwirtschaftliche Probleme zu lösen, meinte Othmar Kamer weiter, hingegen sei die Stadt durchaus bereit, im Rahmen eines kantonalen Konzeptes mitzuarbeiten.

Der Stadtpräsident betonte weiter, dass die Zuger wieder lernen müssten, nicht alles als selbstverständlich anzunehmen. «Es ist natürlich unerfreulich, dass der eine oder andere Betrieb nicht um Stellenstreichungen herumkommt. Trotzdem müssen wir dankbar darüber sein, dass diese Firmen noch immer vielen Zugern den Lebensunterhalt garantieren können.»

«Ein schwarzer Freitag»

Einen anderen Ton schlagen erwartungsgemäss die betroffenen Gewerkschaften an. Charles Steck, Zentralsekretär der Christlichen Gewerkschaft für Industrie, Handel und Gewerbe (CMV), bezeichnet die Streichung von 450 Stellen innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre als beängstigend. Dem Personalabbau in «Salamitaktik», welcher seit der Übernahme der LG durch die Schmidheiny-Gruppe praktiziert werde, sei ein Ende zu setzen. Überdies verlangt die CMV, es seien bei den Unternehmensentscheidungen auch soziale Massstäbe anzuwenden. «Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen nicht weiterhin Opfer einer auf Gewinnmaximierung abzielenden Unternehmensphilosophie sein», schreibt Charles Steck in einem Communiqué. Darin kritisiert er ferner den bestehenden Sozialplan, der vor allem bezüglich frühzeitiger Pensionierung,



Einige der betroffenen Arbeitnehmer werden künftig in der Entwicklung und Fabrikation der elektronischen Zähler beschäftigt werden können.

Abgangentschädigungen sowie der Finanzierung und Durchführung von Ausbildungs- und Umschulungsangeboten Verbesserungen erfahren müssen.

In die gleiche Bresche haut auch der Zentralsekretär des SMUV, Beda Moor. Ein Sozialplan müsse ausgearbeitet werden. Gefragt seien insbesondere präventive Massnahmen, so die eingehende Vorbereitung der Betroffenen. Damit seien keine eintägigen Alibikurse gemeint. Der SMUV biete seine Mitarbeit in diesem Bereich gerne an. Im übrigen kritisiert auch Beda Moor die bloss rudimentäre Informationspraxis des Managements, nicht nur gegenüber den Angestellten, sondern auch gegenüber den Vertragspartnern.

Enttäuschung signalisierte Bruno Bollinger, Präsident des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zug, in einer telefonischen Stellungnahme. Frustrierend sei vor allem die Art und Weise, wie das Management auf den offenen Brief reagiert habe. Seine Organisation werde bei der ganzen Angelegenheit nicht tatenlos zuschauen. Fürs erste sei eine Kundgebung geplant.

Auch die Schweizerische Kaderorganisation liess von sich hören: Sie

bedauert, dass Landis & Gyr so spät über ihre Absichten informiert hat. Im weiteren erwartet sie, dass alle Fähigkeiten und willigen Mitarbeiter umgeschult und auf neue Aufgaben vorbereitet werden; Entlassungen seien zu vermeiden. Überdies seien Entschiede mit Wirkung auf persönliche Schicksale schnell zu fällen, damit die Betroffenen wüssten, woran sie sind.

Genauere Zahlen fehlen

LG-Mitarbeiter Ernst Ineich zeigte sich von den jüngsten Mitteilungen des Managements nicht gerade erstaunt. Die Entschiede und anderen Auswirkungen seien schon länger bekannt. «Ich vermisse nun genauere Zahlen und konkretere Angaben über die Zukunft der einzelnen Angestellten», meinte er.

Eine gewisse Resignation zeigte Daniel Weber, dem Chef der Betriebskommission, nicht zu überhören. Er hält es für ziemlich aussichtslos bei der heutigen Arbeitslage zumdest für die älteren Mitarbeiter eine neue Stelle zu finden. Dies sei ein Diktat der freien Marktwirtschaft: Die Gewinne würden privatisiert, während letztendlich der Staat für die Folgekosten des Stellenabbaus aufkommen müsse.

REKLAME

Total-Ausverkauf

1. 9. 92 – 28. 2. 93
amt. bewilligt

Ledermode
für Sie + Ihn

gazelle
exclusive

am Stadttheater
Hirschengraben 7
6003 Luzern

77 24. Okt. 1992

Stephan Schmidheiny will zur Landis & Gyr nicht Stellung beziehen

Die Geschichte eines offenen Briefes

An der gestrigen L&G-Zwischenorientierung nahm entgegen der Tradition auch Verwaltungsratspräsident Georg Krneta teil.

Krneta unterstrich zuerst die Ausführungen von Konzernleiter Willy Kissling. Ausführlich nahm Krneta dann zum offenen Brief Stellung, mit welchem der Gewerkschaftsbund des Kantons Zug (GBZ) noch vor der gestrigen Orientierung an soziale Gewissen des Landis & Gyr-Hauptaktionärs Stephan Schmidheiny appellierte. Die Unterzeichner des Briefes, neben Gewerkschaftsfunktionären setzten auch die Regierungsräte Hanspeter Uster und Urs Birchler ihren Namen darunter, fordern Stephan Schmidheiny auf, klar zu den Vorhaben Stellung zu nehmen. Schmidheiny solle für die Ausarbeitung eines Sozialplanes sorgen, der den üblichen Rah-

men sprengt und für andere Schweizer Firmen als Modell gelten könne.

Den Appell an das soziale Gewissen verbinden die Briefschreiber mit den Umständen, unter denen Schmidheiny die L&G hatte erwerben können. Schmidheiny habe die L&G nur mit der Auflage bekommen, «die Firma mit sozialem Verantwortungsgefühl wieder

auf Erfolgskurs zu führen.»

Stephan Schmidheiny nahm gestern zum Brief nicht Stellung. Er hatte den Brief an den Verwaltungsrat (VR) der Landis & Gyr weitergeleitet, «der in derartigen Angelegenheiten das zuständige Entscheidungsorgan ist». VR-Präsident Georg Krneta zeigte sich über den Brief wenig begeistert. Man habe perfiderweise von

Massenentlassungen statt von Stellenabbau gesprochen. Zudem wolle man Schmidheiny nur unter öffentlichen Druck setzen. Dies sei verfehlt, weil Schmidheiny Grossaktionär, nicht aber allein entscheidungsberechtigt sei.

Krneta wandte sich konkret gegen die beide Regierungsräte, die den Brief unterzeichnet hatten. «Wir haben Ende Juni am traditionellen Behördenstag die Regierung auf die erfreuliche Lage aufmerksam gemacht. Dass die beiden nun vorzeitig mit Informationen an die Öffentlichkeit gingen, ist für mich ein Vertrauensbruch.» Regierungsrat Urs Birchler wies die Vorwürfe zurück und sagte: «Am Behördenstag wurde uns nicht mehr gesagt als ein Tag später dem mittleren und oberen Kader. Wir schreiben den Brief im Vertrauen, dass Herr Schmidheiny als Hauptaktionär und ökologisch denkende Person seinen Einfluss geltend machen kann.» Mitunterzeichner Daniel Brunner verwies auf die Antrittsrede von Stephan Schmidheiny, wo der Industrielle sagte: «Ich freue mich, dass ich mich künftig nicht nur als Verwaltungsrat, sondern als Hauptaktionär mit der Landis & Gyr identifizieren darf.»

■ Markus Baumgartner

PERSONALENTWICKLUNG				
Jahr	L & G Zug	Standort Schweiz	übrige Gesellschaften	Total Konzern
1981	5012		11414	16426
1982	4845		10649	15494
1983	4713		10401	15114
1984	4670		10510	15180
1985	4967		11084	16051
1986	4901		11223	16124
1987	4861		10733	15594
1988	4883		13062	17945
1989	4834	5614		17808
1990	ca. 4700	5651		18690
1991	ca. 4600	5453		18190

7N 24.6.92

Reaktionen auf Massnahmen

Gewerkschaften planen Demo und Aussprache

Die Gewerkschaften haben für nächste Woche bereits konkrete Aktivitäten geplant.

ba. Die drei vertraglich mit der Landis & Gyr verbundenen Gewerkschaften rufen zu einer Demonstration auf. Smuv (Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiter-Verband), CMV (Christliche Gewerkschaft für Industrie, Handel und Gewerbe) sowie der LFSA (Landesverband freie Schweizer Arbeiter) laden am Mittwoch um 18 Uhr zu einer öffentlichen Demo auf dem

Landsgemeindeplatz ein. «Jetzt können wir nicht mehr länger schweigen. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind keine Spielbälle für Wirtschaftsjongleure. Solidarisiere dich mit uns, denn schon morgen kann es dich treffen», heisst es im Aufruf. Die Demo soll den Protest gegen die von der Landis & Gyr getroffenen Massnahmen ausdrücken.

Auch Kader betroffen

Zu einer Aussprache lädt die Schweizerische Kaderorganisation (SKO) ihre 150 L&G-Mitglieder ein. Die Versammlung findet am Dienstag, 27. Oktober, um 19.30 Uhr im Restaurant Brandenburg Zug statt. Sie wird von Zentralpräsident Hans-Rudolf Enggist geleitet.

Not 23. Okt. 1992

KURZ

Zug. Mit einem offenen Brief an Stephan Schmidheiny, den Hauptaktionär der Landis & Gyr, haben Zuger Persönlichkeiten auf die kürzlich bekanntgewordenen Massenentlassungen reagiert. Regierungsrat Hanspeter Uster und Bruno Bollinger, Präsident des Gewerkschaftsbundes Zug, appellieren an Schmidheiny, die anstehenden «sozialen Fragen» ebenso bahnbrechend wie bisher die Ökologisierung der Wirtschaft anzugehen. Landis & Gyr informiert am Freitag dieser Woche über die geplanten Massnahmen. An einer Gewerkschaftsversammlung nahmen vergangene Woche rund 200 ArbeiterInnen der Landis & Gyr teil, am Mittwoch nächste Woche ist eine Demo in Zug vorgesehen.

Adrian Gassers Geschäftsführung gerät ins Zwielicht

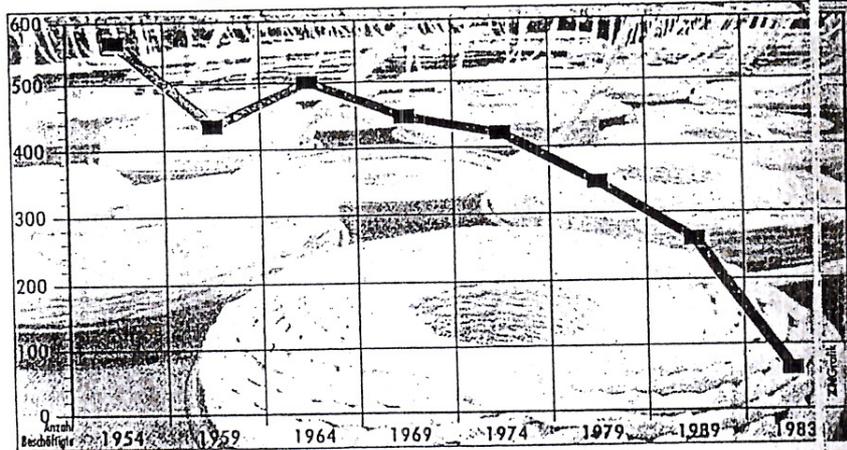
Die Zukunft der Spinnerei ist ungewisser denn je

FN

Ehemalige Kadermitglieder der Spinnerei erwarten baldige Einstellung des Betriebes.

«Ihr händ em Gasser en schön schiteri Firma hinterloh», wurden ehemalige Kadermitglieder der Spinnerei an der Lorze in den letzten Tagen angehängert. Lorze-Mehrheitsaktionär Adrian Gasser hatte wieder 60 Stellen gestrichen und ausgeführt: «In Baar traf ich eine Unternehmung an, die ohne rigorose Reorganisationsmassnahmen und ohne leistungsorientiertes Arbeitsverhalten ihre Tore hätte schliessen müssen.» Frühere Kaderpersonen fühlten sich durch diese Aussage betroffen. «Diese Bemerkung ist irreführend und Gassers bekannter Sündenbock-Politik zuzuschreiben», sagt Reto E. Willi. Willi schied als ehemaliger Geschäftsführer Ende September 1987 aus dem Unternehmen aus.

1983 bestand bereits ein klares Konzept für den Ausbau des textilen Bereichs. Dieses hatte zum Zweck, durch verschiedene Neubauten Rationalisierungen in der Produktion zu erreichen. Der vorgesehene Ausbau war keimige der Finanzen, da die Spinnerei grosse Reserven gebildet hatte. Es galt vielmehr, generell die Frage nach der Zukunft der Schweizer Textilindustrie zu beantworten. Adrian Gasser setzte den Ausbau der Produktionsstätte Baar gemäss Konzept 1983 fort. Obwohl der Thurgauer erst 1990 zum Delegierten des Verwaltungsrates gewählt wurde, übernahm er schon im Januar 1988 die operative Führung der Unternehmung. Für die Maschinenkäufe der Ringspinnerei «Schliessung



Der stetige Abbau von Arbeitsstellen bei der Spinnerei an der Lorze, Baar, lässt eine baldige Schliessung der Firma befürchten.

1993) hat er selber die Verhandlungen geführt.

Starke Verschuldung

In die gleiche Zeit des strategischen Ausbaus in Baar fiel die Übernahme von zwei Firmen: 1989 die Spinnerei Gugelmann, Roggwil, die Gasser 1990 schloss, sowie 1990 die Spinnerei Bühler, Kollbrunn. Da die liquiden Mittel für derartige Firmenkäufe und Neuinvestitionen nicht vorhanden waren, musste Geld in Form von Hypotheken und Darlehen aufgenommen werden. Gasser bestätigte seine diesbezügliche Politik 1989 in der Textil-

Revue: «Wer Gewinne will, muss auch Risiken eingehen. Wo Rendite anfällt, findet sich auch Kapital. Ohne Banken kommt man dabei nicht aus.»

Dass der Bogen aber offensichtlich überspannt wurde, zeigt der Bilanzvergleich der Position Langfristige Darlehen und Hypotheken. Ende Geschäftsjahr 1990/91 betrug diese Position 174 Mio. Fr. gegenüber 38 Mio. Fr. im Geschäftsjahr 1986/87. Die Erfolgsrechnungen der vergangenen Jahre waren daher durch hohe Zinszahlungen belastet. Reto E. Willi sieht hier einen Zusammenhang mit dem 1992 verkauften EW

Baar: «Damit wurde ein mit konstanter Rendite arbeitender Geschäftszweig abgestossen. Kein vernünftiger Unternehmer würde dies ohne Zwang tun!»

Nebst der Schuldenlast sehen frühere Mitarbeiterinnen zweiten Grund für die missliche Lage der Spinnerei an der Lorze. In den vergangenen Jahren sind sämtliche Führungs- und Fachkräfte aus der Firma ausgeschieden. «Es ist undenkbar, dass eine moderne Spinnerei mit einer so komplexen Technologie von unqualifizierten und fachlich nicht kompetenten Personen

geführt werden kann», ist Willi überzeugt.

Verkauf unter dem Marktpreis

Bekannt ist auch, dass die Spinnerei an der Lorze ihre Garne im In- und Ausland weit unter dem Marktpreis anbietet. So offerierte die Spinnerei gekämmtes Spinn garn für 5.70 DM nach Deutschland. Willi: «Um die fünf Franken kann nicht gewinnbringend produziert werden.» Die Unkenntnis von Adrian Gasser im Rohstoffbereich bestätigt Ern Acklin (60), der 32 Jahre für den Rohstoffeinkauf der Spinnerei verantwortlich war, bevor er diesen Frühling entlassen wurde: «Beim Rohstoffeinkauf gab es keine Entscheidungsfindung. Als ich ihm telefonierte, dass ich kaufen würde, sagte er barsch, das dies nun überhaupt nicht in Frage komme. Dann wiederum rief er im ungünstigsten Zeitpunkt an, dass ich jetzt sofort kaufen müsse.» Der Rohstoffanteil in einem Garn macht rund 50 Prozent der Gesamtkosten aus.

Spinnerei bald geschlossen?

Die ehemaligen Kadermitglieder glauben nach all den Erfahrungen nicht an eine Zukunft der Spinnerei in Baar. «Für mich ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Spinnerei ihre Tore schliessen wird. Unter den negativen Randbedingungen der Wirtschaft sehen die Zukunftsaussichten für die Spinnerei alles andere als rosig aus. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Adrian Gasser mit dieser Verschuldung noch lange leben kann», sagt Reto E. Willi. Und Ernst Acklin doppelt nach: «Die Rotorspinnerei gibt es nur noch pro forma. Ich habe immer prophezeit, dass Ende 1992 alles zugeht. Jetzt hat er die Ringspinnerei schon mal geschlossen.»

■ Markus Baumgartner

Kein Sozialplan, bald Streik?

mpf. Entgegen seinen Bekräftigungen gegenüber der Öffentlichkeit hat Adrian Gasser den entlassenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Spinnerei Lorze, Baar, noch keinen Sozialplan vorgelegt. An der Informationsversammlung der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) am letzten Mittwoch hatte jedenfalls noch

keiner der über 50 anwesenden Mitarbeiter etwas von einem Sozialplan gesehen.

«Wir haben Gasser eine Frist bis zum 20. November gesetzt», erklärt Bruno Bollinger, Präsident des Gewerkschaftsbundes Zug, «falls bis dann nichts vorliegt, werden wir einen Warnstreik und eine Pro-

testversammlung ins Auge fassen. Die entlassenen Arbeiterinnen und Arbeiter haben nichts mehr zu verlieren!» Die Gewerkschaft Bau und Industrie ist nicht gewillt, die jetzigen Zustände zu akzeptieren. Bollinger: «In vielen Ländern der EG wäre es nicht möglich, mit den Arbeitnehmern so umzuspringen wie bei uns.»

77 28.1.53

«Arbeitslosigkeit sofort bekämpfen

ZZ. Der Gewerkschaftsbund des Kantons Zug (GBZ) fordert sofortiges Handeln gegen die Arbeitslosigkeit. An ihrer Jahresversammlung in Zug beschlossen die Zuger Gewerkschaften, Demonstrationen in Bern «tatkräftig zu unterstützen».

In der Schweiz sind bereits 130 000, im Kanton Zug über 1500 offiziell als arbeitslos gemeldet, wie der GBZ feststellt. Die Zahl derjenigen, die Arbeit suchen und nicht finden, sei aber weitaus grösser: «Die Situation ist besorgniserregend. Höchste Zeit zum Handeln!» Zweckoptimismus und Verdrängerei in der Hoffnung, dass es bald wieder besser gehe, ist nach Auffassung der Gewerkschafter «unverantwortlich und kurzsichtig».

In der Märzsession des Nationalrates stehen diesbezüglich wichtige Entscheide an, die Massnahmen zur Verbesserung der Beschäftigten betreffen. Die Gewerkschaften verlangen seit Monaten, dass die Behörden endlich handeln. In den eidgenössischen Räten wird aber auch die Revision des Arbeitslosengesetzes behandelt. Für den GBZ ist es «unakzeptabel, dass auf dem Buckel der Arbeitslosen Sozialabbau betrieben wird». Deshalb sind die Gewerkschaften gegen eine Kürzung des Arbeitslosengeldes von 80 auf 70 Prozent des letzten Salärs. Nötig sei vielmehr, dass die Bezugsdauer der Taggelder nicht nur von 300 auf 400 Tage, sondern auf 500 Tage erhöht werde.

«Um den nötigen Druck zu machen», haben die Arbeitslosen-Komitees auf den 20. Februar in Bern eine Demonstration organisiert. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) wird seinerseits am 27. März eine zweite Demonstration durchführen. Der Vorstand des Zuger Gewerkschaftsbundes hat beschlossen, beide Demonstrationen tatkräftig zu unterstützen.

Gewerkschaft an Demonstrationen

Der Vorstand des Gewerkschaftsbunds des Kantons Zug (GBZ) unterstützt die Demonstrationen des Arbeitslosen-Komitees am 20. Februar und die des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes am 27. März je in Bern. In der Märzsession stehen Entscheide über Massnahmen zur Beschäftigungssituation an. Es wird aber auch die Revision des Arbeitslosengesetzes behandelt. Der GBZ-Vorstand ist gegen den Sozialabbau und gegen eine Kürzung des Arbeitslosengeldes von 80 auf 70 Prozent des letzten Salärs: «Nötig ist vielmehr, dass die Bezugsdauer der Taggelder nicht nur von 300 auf 400, sondern auf 500 erhöht wird.»

7N 29.1.1953

NICO ZUM WOCHENENDE



«Bedanken möchte ich mich bei jenen, die uns tatkräftig unterstützt haben: Den 450 Entlassenen mit ihren Lohntüten, den Gewerkschaften mit ihrem Schweigegelübde und der Arbeitslosenkasse fürs Aufpäppeln der Entlassenen.»